

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Berlin, 7. Juni 2018. „Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffene Feststellung, Abschiebungen nach Afghanistan seien auf Basis des aktuellen Lageberichts aus dem Auswärtigen Amt uneingeschränkt möglich, ist nicht nachvollziehbar“, kritisiert Caritas-Präsident Peter Neher.

Auch wenn es schwierig sei, verlässliche Informationen über die Situation im gesamten Land zu erhalten, ist nach wie vor von einer prekären Situation auszugehen. „Mit unserem weltweit tätigen Hilfswerk Caritas international sind wir seit vielen Jahren in Afghanistan tätig und machen die Erfahrung, dass die humanitäre und sicherheitspolitische Situation im Land nach wie vor extrem angespannt ist“, betont Neher. Die Sicherheitslage ist weiterhin volatil. In Afghanistan findet sich eine der höchsten Konzentrationen von bewaffneten Widerstands- und Terrororganisationen weltweit. Es existieren vielfältige Berichte über unmenschliche und erniedrigende Behandlungen, häufig durch nichtstaatliche, vereinzelt auch durch staatliche Akteure. Darüber hinaus ist bereits die Sicherung der Grundversorgung insbesondere für Rückkehrer eine tägliche Herausforderung, wie auch der Lagebericht des Auswärtigen Amtes hervorhebt.

Die humanitäre Lage ist auch durch die hohe Anzahl an intern Vertriebenen und Rückkehrern aus Pakistan und dem Iran und daraus resultierenden Herausforderungen sehr schwierig. Zusätzlich wird dies durch die Folgen einer aktuellen Dürreperiode verstärkt. Eine entscheidende Kehrtwende in der Sicherheitslage ist aktuell nicht zu erkennen.

„Abschiebungen setzen die Betroffenen unüberschaubaren Gefährdungsrisiken aus. So lange Sicherheit und Würde bei der Rückkehr nicht eindeutig gewährleistet sind, müssen Abschiebungen unterbleiben“, fordert Neher.